

## Plenarrede am 16.11.07 zur aktuellen Situation in Russland

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist denn eigentlich unser langfristiges Ziel? Unser langfristiges Ziel - das hat die Frau Bundeskanzlerin beim Sankt Petersburger Dialog in Wiesbaden noch einmal unterstrichen - ist eine strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Ein Ziel? Das ist aber neu! - Marina Schuster [FDP]: Das ist neu!)

- Ja, das ist das Ziel.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der Russlandbeauftragte schreibt immer in sein Papier, dass wir eine strategische Partnerschaft haben!)

Dieses Ziel, liebe Kollegin Beck, hat zum Inhalt, dass wir natürlich offen über die Probleme debattieren. Im Rahmen des Sankt Petersburger Dialogs haben wir das vor wenigen Wochen getan. In unseren Diskussionen ging es zum Beispiel darum, dass wir die innere Entwicklung Russlands für nicht glücklich halten. Der Mord an Anna Politkowskaja und andere Ereignisse sind schon erwähnt worden, zum Beispiel die gesetzliche Einengung der politischen Parteien und die gesetzliche Einengung bzw., wenn man so will, die Bürokratisierung der Zivilgesellschaft.

Immerhin hat die mutige Frau Pamfilowa deutlich gemacht - wir waren mit dabei, Frau Beck - : Wir werden uns dieser Aufgabe stellen und, wenn nötig, eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, damit die Bürokratisierung abgebaut wird. Denn die Zivilgesellschaft - das ist ihr eigenes Zitat - braucht Luft zum Atmen und die Freiheit, sich zu entwickeln.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das ist von Frau Pamfilowa! Die Frage ist, ob der Kreml das auch so sieht! Sie spricht ja nicht für die Regierung!)

- Frau Beck, entschuldigen Sie: Auch Sie waren dabei, als Wladimir Putin in jener Podiumsdiskussion in Wiesbaden gesagt hat: Lasst uns darüber reden. Wo nötig, muss die Gesetzeslage zugunsten der Nichtregierungsorganisationen geändert werden. - Was ich damit sagen will, ist nichts anderes als dies: Man könnte die Liste der Defizite erweitern und das Bild zeichnen, dass die Demokratie in Russland in höchstem Maße gefährdet ist; das könnte man ohne Probleme so darstellen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: "Gefährdet"? Sie ist nicht vorhanden!)

Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen: Können wir das Bild, das wir entwerfen, mit dem Ziel der strategischen Partnerschaft in Übereinstimmung bringen? Es kommt darauf an, dass wir unseren Partnern in Russland sagen: Haltet euch an die Verpflichtungen bzw. an die Commitments, die ihr eingegangenen seid, zum Beispiel an die Übereinkunft des Europarates. Darin heißt es zum Beispiel: Jetzt wäre es notwendig, das 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention umzusetzen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Weisskirchen, der Kollege Beck würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Bitte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Darf ich aus diesem Anlass darum bitten, wegen der fortgeschrittenen Zeit von nun an auf Zwischenfragen und Kurzinterventionen zu verzichten?

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Richtig so!)

Bitte schön, Herr Beck.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Weisskirchen, Sie haben gerade gesagt, die russische Demokratie sei gefährdet; das hat mich völlig durcheinander gebracht. Ich glaube, dort gibt es nichts Demokratisches mehr, was gefährdet werden könnte. Denn von demokratischen Verhältnissen ist in Russland nichts übriggeblieben.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie folgende Meinung teilen:

Die Duma ist im Wesentlichen eine vom Kreml organisierte Schau von Demokratie. Das verschärfte Wahlgesetz sieht vor, dass nur die Parteien zur bevorstehenden Wahl zugelassen werden, die mindestens 50 000 Mitglieder haben, und es verlangt, dass jede Partei in jedem der Föderationssubjekte bestimmte Mindestmitgliedszahlen nachweisen kann; diese Regelung hat zum Verbot der Republikanischen Partei von Wladimir Ryschkow geführt.

Darüber hinaus mischt sich der Kreml in die Listenaufstellungen der Parteien "Union Rechter Kräfte" und "Jabloko" ein und verhindert dadurch, dass ein unabhängiger Duma- Abgeordneter einen Listenplatz erhält. Dadurch, dass die Hürde auf 7 Prozent erhöht wurde, ist es faktisch ausgeschlossen, dass der nächsten Duma eine demokratische, nicht vom Kreml gesteuerte Partei angehört. Von einer Demokratie nach unserem Verständnis kann nicht die Rede sein.

Die gelenkte bzw. souveräne Demokratie in Russland, wie Putin sie selbst bezeichnet hat, verfügt weder über eine freie Zivilgesellschaft - das sieht man am NGO- Gesetz - , noch finden dort freie und faire demokratische Wahlen statt. Vor diesem Hintergrund ergibt es auch einen Sinn, dass man versucht, die OSZE- Wahlbeobachter fernzuhalten. Denn man möchte sich nicht durch internationale Beobachtung einschränken lassen. All das bedeutet, dass der Zugang zu den Wahlen nicht frei ist und dass der Ablauf der Wahlen nicht fair und demokratisch sein wird.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Lieber Kollege Beck, von all dem, was Sie gerade gesagt bzw. gefragt haben, greife ich ein einziges Detail auf. Die Stichworte sind: Jabloko, SPS und Ryschkow. Ich würde die These formulieren: Wenn es den demokratisch orientierten Parteien wie Jabloko und SPS - das gilt auch für einen Teil der Republikanischen Partei - gelungen wäre, sich zu einer überzeugenden demokratischen Plattform zusammenzutun, dann wären ebenjene Demokraten, mit denen wir eng kooperieren und mit denen wir partnerschaftliche Beziehungen pflegen, in der nächsten Duma; das sagen Ihnen die Kollegen selbst, wenn Sie sie fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur, Sie wissen genauso wie ich, lieber Kollege Beck - lassen Sie mich das offen sagen - , dass Russland nur einen winzigen Moment in der Geschichte - das war in den wenigen Wochen der Zeit des Übergangs vom Zarenreich zur Revolution - überhaupt die Chance hatte, eine Demokratie aufzubauen. Das ist doch das Dilemma der russischen Demokratie. Ich meine, wir sollten bei aller Kritik - was Sie sagen, ist ja berechtigt - die historischen Zusammenhänge erkennen.

Deshalb ist mein Schluss: Wir sollten mit den Partnern, die wir haben, geduldig zusammenarbeiten, damit die Chance auf eine innere Entwicklung Russlands genutzt wird, damit Russland hoffentlich bald, so schnell wie möglich, ein demokratisches Land wird, und zwar so, wie wir Westeuropäer Demokratie verstehen. Das würde ich mir sehr wünschen. Bitte deshalb nicht allein und ausschließlich schwarze Gemälde entwerfen - auch wenn die in vielen Punkten sicherlich ihre Berechtigung haben - , sondern der russischen Demokratie helfen, das zu werden, was sie werden will, nämlich eine europäische Demokratie, vergleichbar mit unseren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Volker Beck [Köln] [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können das doch nicht ernsthaft als Demokratie beschreiben!)

- Ich will das ganz ernsthaft so beschreiben. Wenn Sie sich nämlich die Umfragen vom Lewada- Institut anschauen, wenn Sie die Böll- Stiftung fragen, wenn Sie die Kollegen von Memorial fragen, dann werden Sie erkennen, dass die innere Entwicklung Russlands, wie Herr Kollege Grund richtig gesagt hat, höchst widerspruchsvoll, höchst ambivalent ist. Aber wenn sie widerspruchsvoll ist, dann wäre es doch klug, sich zu überlegen, wo man an den positiven Elementen dieser Entwicklung anknüpfen kann, sie verstärken kann, damit Russland in der Tat eine Chance hat - ich wiederhole es - , das zu werden, was es in sich selber auch werden will: ein

europäischer Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das ist das, was die Europäer in Russland wollen. Wir müssen ihnen dabei helfen, dass sie es auch werden; das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Lieber Kollege Beck, ich will Ihnen auch sagen: Ich verstehe ja, dass Sie bei dieser Auseinandersetzung in Russland besondere Erfahrungen gemacht haben. Doch wenn Sie diese Form der Kritik fortsetzen, landen Sie relativ schnell bei dem Problem, das Dimitri Simes in Foreign Affairs in seinem jüngsten Artikel "Losing Russia" beschrieben hat: Russland wird verloren gehen. Er sagt deutlich, warum jetzt die Gefahr besteht, dass Russland die innere Kohärenz und die inneren Stabilitätsfunktionen verliert, die die Demokratie ausmachen: weil die USA es in dem Triumphgefühl nach dem Ende des Kalten Krieges versäumt haben, die inneren demokratischen Strukturen zu unterstützen und den Demokraten zu helfen. Stattdessen ist man Russland mit dem Gestus gegenübergetreten: Ihr müsst schön das lernen, was wir für Demokratie halten. - Jeffrey Sachs zum Beispiel hat nichts anderes gemacht, als zu versuchen, den Neoliberalismus in Russland durchzusetzen.

Das alles sind Faktoren, die herangezogen werden müssen, um deutlich zu machen: Lasst uns dem, was in Russland geschieht, mit einer Haltung der Geduld begegnen! Damit meine ich mitnichten eine Haltung des passiven Entgegennehmens, der Permissivität. Lasst uns aber alles daran setzen, mitzuhelfen, dass dieses Land, das größte Land der Erde, kein Petrostaat wird - vor dieser Gefahr steht Russland gegenwärtig - , der vollständig von den großen Rohstoffreserven - von Öl und von Gas - abhängig wird, sondern dass dieses Land auf dem Pfad der Modernisierung, den es ja bereits beschritten hat, beschleunigt vorankommt.

Dann wird relativ rasch die russische Elite vor der zentralen und entscheidenden Aufgabe stehen, auch die Ökonomie zu modernisieren. Wenn Russland Mitglied der WTO ist, dann wird es dem Wettbewerb ausgesetzt sein. Russland kann mit seinen Industrien und Dienstleistern dem rauen Sturm des Weltmarktes nicht standhalten, ohne dass es sich ökonomisch modernisiert, die Produktivitätsraten vorantreibt und die entsprechende Infrastruktur bereitstellt: Bildung, Verkehr, Gesundheit, Rentensysteme. Das alles sind große Reformaufgaben, die der politischen Elite Russlands bevorstehen. Man kann solche großen Reformschritte aber nicht gehen, wenn man Barrieren aufrichtet und das politische System kanalisiert und einengt, sondern man kann solche großen Reformaufgaben nur bewältigen, wenn die Demokratie die Chance hat, sich zu entfalten, wenn die Zivilgesellschaft die Freiheit hat, selbst zu handeln, und wenn den Menschen in Russland die Chance gegeben wird, sich an dem Wohlstand und Reichtum zu beteiligen. Das ist die zentrale Aufgabe, vor der die politische Elite in Russland steht.

Den Russen muss deutlich gemacht werden, dass es nicht gut wäre, wenn sie aus ihrem Land fliehen und sich am Mittelmeer oder anderswo, zum Beispiel am Schwarzen Meer, in Zypern,

(Manfred Grund [CDU/CSU]: In Karlsbad!)

in Karlsbad oder auch bei uns in Deutschland, in Baden- Baden, wunderbare Häuser kaufen würden. Das alles sind magische Orte für die russische Intelligenz. Wenn die russische Elite erkennt, dass sie eine große Reformaufgabe vor sich hat und dass sie sie nur bewältigen kann, wenn sie mit Verantwortungsbewusstsein an ihre Aufgabe, die Gestaltung der Zukunft ihres Landes, herangeht, dann wird Demokratie sozusagen die zwangsläufige Folge dieser Entwicklung sein, lieber Kollege Beck.

Das jetzige politische System der gelenkten Demokratie, die Putin erfunden hat und in der die Menschen eingegrenzt bzw. eingeschränkt werden, ist nämlich ein Hemmnis für eine solche positive Entwicklung. Das können und dürfen wir nicht wollen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Veröffentlicht am 16.11.2007